IMU Policy Briefing
Quartal 3.2026

DEUTSCHE MASSIV UMFORMUNG

NEUE IDEEN SCHMIEDEN

Strompreiskompensation – Antrag im EU-Prüfverfahren, Gutachten nachgeschärft

Ausgangssituation

Die Strompreiskompensation gleicht einen Teil der indirekten CO_2-Kosten aus, die über den Strompreis an energieintensive Unternehmen weitergegeben werden. Gesenkschmieden sind in den europäischen Beihilfeleitlinien bislang nicht als beihilfeberechtigter Teilsektor gelistet. Deshalb haben IMU und EUROFORGE die Nachlistung des Teilsektors 25.50.12 „Gesenkschmiedeteile aus Stahl“ vorbereitet.

Nach der europaweiten Datenerhebung mit 142 beteiligten Schmiedeunternehmen und der Prüfung auf deutscher Ebene hat das BMWE den Antrag im August an die EU-Kommission weitergeleitet. Dort läuft nun die beihilferechtliche Prüfung.

Warum muss sich etwas ändern?

- Stromkosten und indirekte ETS-Kosten belasten Gesenkschmieden erheblich, ohne dass sie bislang auf die Strompreiskompensation zugreifen können.
- Die fehlende Listung verschärft den Wettbewerbsnachteil gegenüber begünstigten europäischen Industrien und Wettbewerbern außerhalb Europas.
- Ohne eine Entlastung werden Investitionen in Elektrifizierung und CO_2-arme Produktionsprozesse wirtschaftlich erschwert.

Was wollen wir erreichen?

- Aufnahme des Teilsektors 25.50.12 in die europäischen Beihilfeleitlinien und damit Zugang zur Strompreiskompensation.
- Dauerhaft vergleichbare Rahmenbedingungen für energieintensive Schmiedeunternehmen in Deutschland und Europa.

Was passiert aktuell / ist geplant?

- Die EU-Kommission hat im Prüfverfahren methodische Rückfragen zum zugrunde liegenden Gutachten gestellt, insbesondere zum Ansatz des verwendeten Emissionsfaktors.
- IMU und EUROFORGE haben das Gutachten in Abstimmung mit dem BMWE aktualisieren lassen und die Einwände gegenüber der Kommission beantwortet.
- Das Verfahren ist damit fachlich weiterbearbeitet, aber noch nicht entschieden. IMU und EUROFORGE begleiten die Prüfung bis zur abschließenden Entscheidung weiter.

BECV – von der Anerkennung in die praktische Umsetzung

Ausgangssituation

Mit der beihilferechtlichen Genehmigung im zweiten Quartal wurde der Teilsektor 25.50.12 „Gesenkschmiedeteile aus Stahl“ nachträglich in die Carbon-Leakage-Liste der BECV aufgenommen. Die Anerkennung gilt für Gesenkschmiedeteile ab dem Abrechnungsjahr 2023. Parallel wurde für den bereits erfassten Teilsektor 25.50.11.34 der Freiformschmieden der Faktor für die die Emissionsintensität angepasst.

Im dritten Quartal verlagerte sich der Schwerpunkt deshalb vom Anerkennungsverfahren auf die konkrete Antragstellung der betroffenen Unternehmen.

Was wurde erreicht?

- Nach der Anerkennung konnten betroffene Gesenkschmieden die BECV-Beihilfe rückwirkend für die drei Abrechnungsjahre 2023 bis 2025 beantragen. Die DEHSt stellte hierfür ein vereinfachtes Sammelantragsverfahren zur Verfügung.
- Die nachträgliche Anerkennung wurde damit für die Unternehmen praktisch nutzbar; die Sonderantragsphase endete im September 2026.

- IMU hat die Mitglieder im Quartal gebündelt auf mehrere Informations- und Webinarangebote durch Fachberater zur BECV-Erweiterung und zur nachträglichen Anerkennung hingewiesen.

Was bedeutet das für die Unternehmen?

- Die Entlastung erfolgt nicht automatisch: Zuordnung zum Teilsektor, Antragsdaten, Prüfbescheinigung und ökologische Gegenleistungen müssen vollständig nachgewiesen werden.
- Ab dem Abrechnungsjahr 2026 werden die neu anerkannten Teilsektoren in das reguläre BECV-Antragsverfahren überführt.

Was passiert aktuell / ist geplant?

- IMU sammelt offene Auslegungs- und Zuordnungsfragen aus der praktischen Anwendung und klärt diese bei Bedarf mit DEHSt und Fachberatern.
- Für die kommenden Regelverfahren bleibt entscheidend, dass Unternehmen die produktbezogene Zuordnung und die erforderlichen Gegenleistungen frühzeitig vorbereiten.

CBAM-Ausweitung – Parlament nachgebessert, Trilog entscheidet über Schmiedeprodukte

Ausgangssituation

Die EU will den Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) ab 2028 auf ausgewählte nachgelagerte stahl- und aluminiumintensive Produkte ausweiten. Für die Schmiedeindustrie ist dies zentral: Werden nur Stahl und Aluminium an der Grenze belastet, vergleichbare importierte Schmiedeteile aber nicht, verlagert sich Carbon Leakage lediglich eine Stufe weiter in der Wertschöpfungskette.

EUROFORGE und die nationalen Mitgliedsverbände haben deshalb vor der September-Abstimmung eine koordinierte Kampagne gestartet. Nach technischer Überprüfung wurde die politische Forderung auf besonders belastbare Schmiedeprodukte fokussiert und gegenüber Berichterstatter, Schattenberichterstattern, nationalen Abgeordneten und Regierungen eingebracht.

Wo stehen die EU-Institutionen?

- Das Europäische Parlament hat seine Position am 15. September beschlossen und den Downstream-Scope gegenüber dem Kommissionsvorschlag erweitert. Der Vorgang wurde anschließend für die interinstitutionellen Verhandlungen zurück an den zuständigen Ausschuss überwiesen.
- Für das aktuell priorisierte EUROFORGE-Paket „CORE 16“ ist die Ausgangslage für den Trilog klar: Der Rat deckt 8 von 16 Codes ab, das Parlament 9 von 16. Zwei Codes werden von beiden Co-Gesetzgebern getragen; sechs nur vom Rat, sieben nur vom Parlament. Ein CORE-Code ist bislang in keiner der beiden Positionen enthalten.
- Der Kommissionsvorschlag bleibt der Basisscope. Die CORE-16-Forderung adressiert gezielt die verbleibenden Lücken gegenüber diesem Ausgangspunkt und soll vergleichbare Schmiedeprodukte konsistent erfassen.

Was wollen wir erreichen?

- Alle bereits von Rat und Parlament unterstützten schmiederelevanten Positionen müssen im Trilog erhalten bleiben und zusammengeführt werden.
- Verbleibende Lücken bei technisch vergleichbaren Schmiedeprodukten müssen geschlossen werden, damit zusätzliche Bearbeitung im Drittland nicht zu einem CBAM-Ausstieg führt.
- Zolltarifliche Abgrenzungen dürfen keine künstlichen Anreize für Fehlklassifizierung, Umgehung oder Verlagerung zusätzlicher Wertschöpfungsstufen schaffen.

Was passiert aktuell / ist geplant?

- IMU und EUROFORGE bringen die CORE-16-Matrix mit konkreten Produkt- und Umgehungsbeispielen in die Gespräche mit BMWE, Mitgliedstaaten und EU-Institutionen ein.
- Am 30. September beteiligte sich IMU mit EUROFORGE, WSM und neun weiteren europäischen Downstream-Verbänden an einem Joint Call an Parlament, Rat und Kommission. Gefordert werden die Sicherung aller bereits erreichten Downstream-Positionen, die breitere Abdeckung des Parlaments, die Einbeziehung der priorisierten Branchencodes sowie eine wirksame und praktikable Exportlösung.
- Der Trilog ist der entscheidende nächste Schritt. Politisches Ziel ist ein belastbarer Kompromiss bis Ende 2026.

- Die Leitlinie bleibt: gleiche Materialien, vergleichbare Prozesse und vergleichbare Carbon-Leakage-Risiken müssen zu vergleichbaren CBAM-Regeln führen.

European Local Content / IAA – europäische Wertschöpfung zum Kriterium machen

Ausgangssituation

Mit dem Industrial Accelerator Act (IAA) hat die EU-Kommission im März einen neuen Ansatz für „Made in Europe“- bzw. Union-Origin-Anforderungen vorgeschlagen. Öffentliche Beschaffung und öffentliche Förderinstrumente sollen stärker an europäische Wertschöpfung geknüpft werden. Für bestimmte Fahrzeuge sieht der Kommissionsvorschlag unter anderem einen Mindestanteil von 70 % EU-Ursprung bei den Fahrzeugkomponenten – ohne Batterie – sowie zusätzliche Anforderungen an Batterie, E-Antrieb und Elektronik vor.

Der Vorschlag ist noch nicht beschlossen. Der Rat hat die Union-Origin-Regeln im dritten Quartal intensiv auf Arbeitsebene beraten und einen überarbeiteten Kompromisstext vorgelegt; im Europäischen Parlament steht eine Ausschussentscheidung noch aus. Gleichzeitig ist die Industrieposition nicht einheitlich: Zulieferer fordern wirksame Local-Content-Regeln, während Fahrzeughersteller insbesondere auf Umsetzbarkeit, Lieferkettenverfügbarkeit und Kosten hinweisen.

Warum ist das für die Schmiedeindustrie relevant?

- Entscheidend ist nicht nur, wo ein Endprodukt montiert wird, sondern wo die industrielle Wertschöpfung der vorgelagerten Komponenten tatsächlich stattfindet.
- Local-Content-Regeln können Nachfrage gezielt in europäische Lieferketten lenken, wenn Zulieferteile und erste industrielle Verarbeitungsstufen angemessen berücksichtigt werden.
- Eine zu enge oder rein endproduktbezogene Definition würde den europäischen Zulieferstandort nicht ausreichend stärken.

Was wollen wir erreichen?

- IMU und EUROFORGE unterstützen wirksame, administrierbare European-Local-Content-Anforderungen, die europäische Wertschöpfung über die gesamte industrielle Lieferkette abbilden.
- Schmiedeteile und andere strategische Zulieferkomponenten sollen bei Herkunfts- und Wertschöpfungskriterien sachgerecht berücksichtigt werden.
- Local Content, CBAM und Handelsschutz müssen so zusammenspielen, dass europäische Produktion nicht durch regulatorische Lücken gegenüber importierten Fertigprodukten benachteiligt wird.

Was passiert aktuell / ist geplant?

- IMU und EUROFORGE erarbeiten eine gemeinsame Position zum European Local Content im IAA und bringen die Anforderungen der Schmiedeindustrie in die laufende Debatte ein.
- Der von IMU und EUROFORGE unterstützte „European Convoy for Industrial Competitiveness“ brachte am 7. September mehr als 200 Industrievertreter und 15 Lkw nach Brüssel. Zehn symbolische Industriesärge machten vor dem Berlaymont auf drohende Verluste von Produktion, Arbeitsplätzen und Know-how aufmerksam; die Botschaft „Keep Manufacturing in Europe“ wurde der EU-Kommission übergeben und in 29 Ländern aufgegriffen.
- Im weiteren Gesetzgebungsverfahren wird entscheidend sein, wie Union Origin definiert, nachgewiesen und auf Zulieferketten angewendet wird.

Weitere Themen im Netzwerk

- EU-Verpackungsverordnung (PPWR): Umsetzungsinformationen und Musterschreiben für die betriebliche Praxis (WSM)
- IED / SF-BREF: Begleitung der nationalen Umsetzung und Information zu den Anforderungen für Schmiedebetriebe (WSM)
- New Steel Measures: EUROFORGE unterstützt den europäischen Stahlverband EUROFER bei der Beantragung der Erweiterung der Safeguard-Regelung um vier definierte Halbzeuge („forged bars“) und beteiligt sich an der Öffentlichen Konsultation der EU-Kommission